



Vertrauen kann man nicht verordnen - Zivilgesellschaftliches Bündnis fordert Anpassungen der Digitalisierung des Gesundheitswesens

Ein Bündnis aus digitaler Zivilgesellschaft und Selbsthilfe-Organisationen fordert in einem offenen Brief Korrekturen an der Ausgestaltung der Digitalisierung des Gesundheitswesens. Im [offenen Brief](#) fordern Organisationen der digitalen Zivilgesellschaft wie der Chaos Computer Club e. V. und die Verbraucherzentrale Bundesverband, der Deutschen Aidshilfe sowie Selbsthilfe-Organisationen Änderungen der geplanten Digitalisierung des Gesundheitswesens in Deutschland.

Das Bündnis hat dazu am 12. Dezember 2023 zehn Eckpunkte mit gesellschaftlichen, prozessualen und technischen Aspekten veröffentlicht, die allesamt bei den Plänen des Bundesgesundheitsministeriums zur Digitalisierung des Gesundheitswesens nicht ausreichend berücksichtigt werden. Dass diese zentralen Punkte sich nicht in den Gesetzentwürfen finden, führt zu individuellen und gesellschaftlichen Risiken, die ohne Not Patient*innen und Angehörigen Schaden zufügen werden.

Bianca Kastl, Vorsitzende des Innovationsverbunds Öffentliche Gesundheit dazu: „Wir tun gut daran, Gesundheitssysteme nicht aus Sicht der Mehrheit zu denken, sondern aus Sicht derer, die von solchen Systemen diskriminiert werden.“

Dem offenen Brief vorausgegangen ist ein monatelanger intransparenter Prozess zur konkreten Ausgestaltung des geplanten Digitalgesetzes und des Gesundheitsdatennutzungsgesetzes, in dem die Bedürfnisse der Patient*innen eklatant außer Acht gelassen wurden.

Zu den gesellschaftlichen Forderungen des offenen Briefes gehören konsequente Selbstbestimmungsmöglichkeiten über sensible Gesundheitsdaten seitens der Patient*innen, Förderung des Gemeinwohls durch Open Access sowie Aufrechterhaltung der Einbindung medizinischer Fach-Expertise bei Einsatz digitaler Diagnosesysteme. Technisch zielt der Brief auf eine Umsetzung nach dem Stand der Technik sowie die grundlegende Wahrung eines hohen Niveaus von Privatsphäre und IT-Sicherheit bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens ab. Der bisherige Prozess dazu ist für Außenstehende nicht transparent und damit nicht vertrauenswürdig.

Der offene Brief steht in Bezug zu den aktuellen Gesetzgebungsvorhaben in der Digitalisierung des Gesundheitswesens, dem Digitalgesetz und dem Gesundheitsdatennutzungsgesetz. Diese sollen noch in dieser Woche in der zweiten und dritten Lesung im Bundestag beraten werden.

Pressekontakt

presse@inoeg.de 0176 20966393